

**Rede
des Fraktionssprechers für Rechts- und
Verfassungsfragen**

Ulf Prange, MdL

zu TOP Nr. 30

Haushaltsberatungen 2021 - Schwerpunkt Justiz

während der Plenarsitzung vom 09.12.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir sprechen über den Justizhaushalt. Ich will aber erst einmal sagen: Es ist anders als in den Vorjahren. Mein lieber Freund Helge Limburg ist nicht dabei. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Genesungswünsche auch meiner Fraktion zu übermitteln. Es hat immer viel Spaß gemacht. Ich glaube, ich kann jetzt schon sagen, dass er in der Debatte über den Justizhaushalt heute fehlt.

Ich will mich dem Dank von Christian Calderone an alle Mitarbeitenden in der Justiz anschließen. In diesem Jahr war die Arbeit, glaube ich, noch herausfordernder, als sie es ohnehin ist. Vielen Dank für die wichtige Arbeit, die Sie tagtäglich für unser Land leisten!

Ich will aber auch Danke an die Mitarbeitenden in den Ministerien, in der Landtagsverwaltung und in den Fraktionen für die großartige Unterstützung bei den Haushaltsberatungen sagen.

Die Corona-Pandemie stellt den Haushaltsgesetzgeber vor große Herausforderungen. Wir haben perspektivisch weniger Einnahmen und mehr Ausgaben. Umso mehr freut es mich, dass das Volumen des Justizhaushalts auch im kommenden Jahr erhöht wird, nämlich um 1,6 Prozent auf 1,42 Milliarden Euro.

Wir haben hier ja immer ein Ritual mit dem Kollegen Genthe. Seine Rede kann ich ein bisschen vorwegnehmen. Gleich wird kommen und sagen, dass das nicht genug ist, was wir tun. Deswegen habe ich mir die Zahlen noch einmal aufgeschrieben. In diesem Jahr stellen wir insgesamt 78 zusätzliche Stellen im Justizhaushalt, verteilt über den ganzen Bereich, zur Verfügung. In dieser Legislaturperiode haben wir damit 300 zusätzliche Stellen geschaffen. Ich sage an dieser Stelle: Wir sind auf Kurs, aber noch nicht am Ziel.

Wir arbeiten an dem Ziel PEBB§Y 1,0, wie wir es im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Ich habe hier, glaube ich, schon beim letzten Mal gesagt: Das ist kein Kurzstreckenlauf, sondern eine Herausforderung, die kontinuierlicher Anstrengungen bedarf. Daher sind wir auch ein verlässlicher Partner für die Beschäftigten in der Justiz.

Wir brauchen einen starken, leistungsfähigen Rechtsstaat. Das ist kein Selbstzweck; denn unser Rechtsstaat ist eine tragende Säule unserer Demokratie und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig.

Wir, die Fraktionen und die Landesregierung, haben uns im Justizbereich Schwerpunkte gesetzt: die Stärkung der Strafjustiz, die Stärkung der Prävention, Sicherheit in den Gerichten und Staatsanwaltschaften, die Stärkung der

Ausbildung und die weitere Umsetzung der wichtigen Herausforderung der Digitalisierung in der Justiz.

Zum Bereich Straffälligenhilfe und Justizvollzug wird gleich noch meine Kollegin Osigus sprechen.

Beim Personal - das hat Christian Calderone gerade schon angesprochen - haben wir im letzten Haushalt über die politische Liste 22 Stellen für die Staatsanwaltschaften auf den Weg gebracht. Damit haben wir die Schwerpunktstaatsanwaltschaften Clankriminalität und in Göttingen die Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung von Hasskriminalität eingerichtet. Das sind zwei sehr relevante Themen. Hier muss der Staat handlungsfähig sein und konsequent durchgreifen.

Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass es der Ministerin gelungen ist, diese 22 Stellen im Haushalt zu verstetigen und noch einmal draufzulegen. Wir werden 6 weitere Stellen für die Staatsanwaltschaften bekommen. Die Herausforderungen sind nach wie vor hoch.

Ich habe vorhin von PEBB§Y gesprochen. Wir haben immer gesagt: Wir wollen dort nachsteuern, wo die Belastung am größten ist. Das ist sie in der Tat bei den Staatsanwaltschaften und in der Strafjustiz. Gerade die Belastung der Strafkammern an den Landgerichten hat einen Höchststand erreicht. Wir wissen auch aus Gesprächen vor Ort, dass dort teilweise an der Belastungsgrenze gearbeitet wird. Umso mehr freue ich mich, dass wir 20 zusätzliche unbefristete Richterstellen und 10 weitere Beschäftigungsmöglichkeiten im nichtrichterlichen Dienst für diesen Bereich zur Verfügung stellen werden. Das ist konsequent.

Wir haben Polizei und Staatsanwaltschaften gestärkt und gehen diesen Weg jetzt weiter. Wir brauchen eine starke und gut ausgestattete Justiz. Wir wollen die Bevölkerung vor Straftaten schützen.

Die Präventionsarbeit ist uns ebenso wichtig. Der Landespräventionsrat macht eine gute Arbeit. Die Verdoppelung der Mittel für das Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte aus der politischen Liste des Vorjahrs ist verstetigt worden. Wir geben weitere 250.000 Euro für ein breiteres Präventionsangebot im Zusammenhang mit Beleidigung, Drohung und Hass sowie Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger und Einsatzkräfte. Das ist ein Thema, das wir alle vor Ort kennen. Das Klima in unserer Gesellschaft wird rauer, und das macht auch vor diesen Gruppen nicht halt. Hier werden 250.000 Euro für Präventionsprojekte zur Verfügung gestellt.

Ich will an dieser Stelle noch den Täter-Opfer-Ausgleich ansprechen, den wir über die politische Liste stärken. Die Arbeit der freien Träger trägt zur Entlastung der

Gerichte bei, sorgt aber auch für Rechtsfrieden und schlichtet Konflikte nachhaltig.

Die Verwaltungsgerichte sind eben schon von den Grünen angesprochen worden. Wir haben zu Zeiten von Rot-Grün zur Bewältigung der Asylverfahren 50 Stellen mit kw-Vermerk für die Verwaltungsgerichte zur Verfügung gestellt.

Wir haben das im Rechtsausschuss sehr intensiv besprochen. Ich habe dazu auch selber noch einmal sehr stark nachgefragt. Es ist im letzten Jahr gelungen, 35 dieser Richterstellen bis 2022 zu verlängern. Wenn man sich den Haushaltsentwurf der Landesregierung anguckt, stellt man fest, dass 15 Stellen dieses Jahr wegfallen.

In den Beratungen über die politische Liste ist es gelungen, 5 dieser Richterstellen zu sichern. Ich sage auch ganz klar - ich habe mich auch sehr über Christian Calderone gefreut, der das gerade zum Schluss auch gesagt hat -: Das ist genau das, was wir uns vorgenommen haben. Wir wollen dafür sorgen, dass von diesen 35 kw-Vermerken über den Doppelhaushalt ein großer Teil für die Verwaltungsgerichtsbarkeit gesichert wird.

Es geht natürlich um die Gewährung effektiven Rechtsschutzes in den Asylverfahren. Aber es geht natürlich auch darum, dass die Altbestände auch die Arbeit in den anderen Bereichen erschwert und verlangsamt. Wir wollen kurze Verfahrensdauern und eine effektive Justiz. Dafür setzen wir uns ein.

Aktuell sind 40 Stellen weiter im System. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das auch so bleibt.

Corona ist natürlich eine große Herausforderung. Wir rechnen damit, dass es an den Verwaltungsgerichten durch die Corona-Verordnung und dergleichen, aber auch sicherlich im Insolvenz- und Arbeitsrecht zusätzliche Verfahren gibt. Hier haben wir noch einmal ein Beschäftigungsvolumen von acht Richterstellen, fünf Rechtspflegerstellen und drei Beschäftigungsmöglichkeiten im nichtrichterlichen Dienst. Damit sind wir gewappnet und können punktuell da, wo Spitzen auftreten, verstärken.

Die Sicherheit in der Justiz ist ein Thema, an dem wir seit Jahren arbeiten. Ich finde es unheimlich gut, dass es über die politische Liste noch gelungen ist, hier Baumaßnahmen in einem Volumen von 1 Million Euro anzuschieben.

Oft sind Eingangssituationen so beschaffen, dass man direkt im Gebäude steht. Da muss baulich nachgebessert werden. Das passiert am Landessozialgericht, am Landgericht Oldenburg und bei der Staatsanwaltschaft Osnabrück.

Auch ich freue mich natürlich darüber, dass es gelungen ist, die 25 Millionen Euro für Celle in den Haushalt einzustellen; das ist eine Erfolgsmeldung. Dieses Projekt haben wir in der SPD-Fraktion, in der CDU-Fraktion und in der Landesregierung alle gemeinsam vorangebracht. Es hat viele Gespräche gegeben, bis hin zu solchen mit dem Ministerpräsidenten. Ich hoffe, dass dieser Erfolg auch die anderen großen Bauvorhaben – ich denke da an Oldenburg - weiter beschleunigt, weil wir mehr Geld im System haben.

Wir stärken die Ausbildung, und wir stärken die Digitalisierung; darauf hat der Kollege Calderone schon hingewiesen. Irgendwie war Corona auch ein Lackmustest dafür, wie weit wir mit der Digitalisierung schon vorangekommen sind. Gerade die Verfahren nach § 128 a ZPO, aber auch viele andere Dinge laufen sehr gut. Ich glaube, das zeigt, dass es einen guten Umsetzungsstand gibt. Damit übergebe ich an meine geschätzte Kollegin Wiebke Osigus.

Vielen Dank.